

Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker
und Bauhilfsarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Rüdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Schriftleitung:

Berlin O., Rüdersdorferstr. 60

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen etc. sind an
die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag abends 6 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 M. (ohne
Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband
1,70 M.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Petitzeile 40 Pfg.

Nummer 38.

Berlin, den 19. September 1909.

10. Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis.

Die Partei der „Cat“. — Aus dem Osten. — Rundschau: Anstellung von Baukontrolleuren in Bremen. Rebertitt einer Zahlstelle des christlichen Gärtnerverbandes zu den freien Gewerkschaften? Xerxor im Unternehmerlager. — Wirtschaftliche Bewegung. — Verbandsnachrichten: Wronke. Hannover. — Volkswirtschaftliches und Soziales. — Von den Arbeitsstellen. — Literarisches. — Streitabrechnungen. — Bekanntmachungen. — Sterbetafel. — Anzeigen.

Die Partei der „Cat“.

Ist das gegenwärtig ein Raunen und Rauschen in dem sozialdemokratischen Blätterwald! Und die kleinen roten Agitatoren blähen sich auf mit einer Wichtigkeit, daß man befürchten muß, ihr Mund kehrt nicht wieder in die gewöhnliche Stellung zurück. Nicht über eine große selbstische Tat, die sie aufzuweisen hätten! Nein, das nicht. Denn auf welchem Gebiet hätte die Sozialdemokratie überhaupt Taten, die dem wirklichen Interesse des Volkes dienen, zu Buche stehen? Alles was geschaffen worden ist, die ganze soziale Gesetzgebung, ist lediglich bürgerlichen Parteien zu verdanken. Sie wurden weidlich dafür von derselben Sozialdemokratie mit Gift und Geifer besprüht; was diese aber wiederum nicht hinderte, sich der sozialen Institutionen zu bemächtigen, sie in ihre Agitation zu stellen und teilweise sogar Parteiprüden daraus zu machen. Wir erinnern an die Krankenkassen.

Wir sind prinzipielle Gegner der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung. Aus diesem Grunde sind wir Sozialdemokraten. Unsere ganze Tätigkeit ist darauf gerichtet, die stehende Staats- und Gesellschaftsordnung zu untergraben.

Der Geist und die Absicht dieser Worte Bebel's auf dem Nürnberger Parteitag sind das treibende Motiv der gegenwärtigen sozialdemokratischen Agitation. Sie tritt um so „feuriger“ auf, je „saftiger“ das Mittel ihnen dazu erscheint. Und gerade das läßt die Backen der kleinen und großen Agitatoren mächtig schwellen. Nicht um den Arbeitern wirklich zu helfen, das liegt ihnen fern. Das Zukunftsziel würde ja darunter leiden. Klara Zetkin drückte das auf dem Hamburger Parteitag im Jahre 1897 so aus, „als positivste aller Arbeiten haben wir noch stets erachtet, das Denken, die Auffassung der Massen zu revolutionieren“. Kürzlich schrieb, anlässlich der Feier des Anschlusses der Mark vor 300 Jahren an Preußen, und der Anwesenheit des Kaisers auf der Hohensphurg bei Hagen, die sozialdemokratische „Dortmunder Arbeiterzeitung“:

„Wir sollten mit Jubelhymnen den Tag begehen, der einst das Land der roten Erde mit diesem Staat verband? Nein, dreimal nein! Mißpreußen sind wir, niemals aber sind wir Preußen des Herzens. Diesem Staat in seiner heutigen Form, diesem Hort der Barbarei und Tyrannie, hat die Sozialdemokratie Kampf angesagt — Kampf auf Leben und Tod. Ihn zu unterwühlen, die Wurzeln seiner unheilvollen Macht zu untergraben, gehört zu den vornehmsten Aufgaben des Klassenbewußten Proletariats. Wir lieben diesen Staat nicht — wir hassen ihn. Die Hassenden grüßen dich, Cäsar! Haben wir, die Arbeiter, haben gerade die westfälischen Arbeiter irgendwelchen Anlaß, heute Wilhelm II. zu feiern? Die „Rotte“ grüßt dich, Cäsar! Die „Pest“ grüßt dich! Dich, Cäsar, grüßen die vaterlandslosen Gesellen!! Heut schalle unser Festruf hinein in der Schmausenden Reihe: Die Hungernden grüßen dich, Kaiser.“

Warum wir das hier erwähnen? Um die eigentlichen Triebkräfte der sozialdemokratischen Agitation zu charakterisieren. Erst so gewinnt man die Klarheit, daß es sich nicht um die Belastung der Arbeiter durch die neuen Steuern an sich handelt, sondern daß diese nur als Mittel für die umstürzlerischen Ideen der Sozialdemokratie herhalten müssen. Das wird auch von Kautsky bestätigt, der in der letzten Nummer der „Neuen Zeit“ vom 10. September d. J. schreibt, daß neben der „positiven“ Arbeit der sozialdemokratischen Volksvertreter die

„Lösung der Proletarier, die noch den bürgerlichen Parteien anhängen, von diesen, ihre Zusammenfassung in einer selbständigen, geschlossenen Klassenpartei, dem wirksamsten, ja fast dem einzigen Machtmittel des Proletariats in den Kämpfen der Parteien um die Beeinflussung und schließlich Eroberung der Staatsgewalt“

ist. Wir bemerken, daß Kautsky das „positive“ Arbeit selbst in Anführungszeichen setzt. Und wie er diese einschätzt, ist ersichtlich aus den hohnvollen Worten, die er den Revisionisten, die sich mit der Verneinungspolitik nicht so ohne weiteres abfinden wollen, entgegenschleudert:

„Man will doch nicht umsonst Abgeordneter sein, sondern etwas leisten, den Wählern sichtbare Erfolge heimbringen.“

Der Parteipapst Kautsky belehrt seine Schüler dahin, daß der Sozialdemokratie

„erste Pflicht die (ist), zu trachten, jede „Finanzreform“, jede Steuererhöhung zu vereiteln, selbst in dem gar nicht in Betracht kommenden Falle, daß sie steuerlich vollständig den Anforderungen unseres (der Sozialdemokratie) Programms entspräche.“

Mit diesen Worten, die eine innige Ergänzung der oben angeführten Worte Bebel's darstellen, ist dürr und fast gefagt, daß die Sozialdemokratie jede Steuer, die die Besitzenden belastet, genau so abzulehnen hat, wie solche, die die Arbeiter trifft. Ueber was soll man sich mehr wundern, über die Kühnheit, den Proletariern das ins Gesicht zu sagen, oder über die Dummheit jener Arbeiter, die das schweigend hinnehmen?

Deshalb kann auch das heutige Geschrei der Sozialdemokratie nur als eine widerliche Heuchelei bezeichnet werden. Ja wir sagen sogar, je höher die Belastung der Arbeiter wurde, desto erwünschter war es ihr. Damit wurden ja die Agitationsaussichten immer bessere. Dem entspricht auch ihre Haltung vor der Annahme der Finanzreform. Dem aufmerksamen Beobachter mußte es nämlich auffallen, daß entgegen der Gewohnheit der rote „Sturm gegen die Belastung der Massen“ sehr gelinde wehte. Diese Auffassung wird nunmehr auch von der Parteitagnummer des „Vorwärts“ bestätigt. Er schiebt die Schuld der Fraktion zu, die weniger hätte „diplomatisieren“ sollen. Der Schreiber im „Vorwärts“ (Karski) scheint noch sehr dumm zu sein. Die wirtschaftliche Lage erforderte eine möglichst schnelle Lösung der Finanzreform; bei guter wirtschaftlicher Konjunktur läßt es sich nämlich auch besser für die Sozialdemokratie agitieren. Kommen dazu neue Steuern, — und Steuern reizen ja immer auf —, dann steigen damit nur die Chancen der Partei. Deshalb wollten sie auch nichts von einer Obstruktion wissen. Vielleicht glaubten sie, ihre eigentlichen Absichten damit zu offenkundig werden zu lassen. Und in der Tat, man kann darüber streiten, was geschähter war. Kautsky sagt in der „Neuen Zeit“ zu dieser Frage:

„Sollte die Obstruktion einsehen, einzig zu dem Zwecke, die Annahme der Finanzreform zu verhindern, die Abstimmung darüber unmöglich zu machen, dann war sie zwecklos.“

Das heißt die politische Unehrlichkeit auf den Schild erheben. Nicht um die „Belastung der Massen“ zu hintertreiben, wünschte Kautsky die Obstruktion, sondern um sich ein volksfreundliches Mäntelchen zu verdienen. Er malt sich das so aus:

„Über welchen gewaltigen propagandistischen Erfolg hätte sie (die Sozialdemokratie) erzielt, wenn sie als die einzige Partei erschienen wäre, die alles aufbot, um die Belastung des Volkes mit der halben Milliarde neuer Steuern zu hintertreiben, wenn sie in diesem Kampfe unterlegen wäre, weil sie vergeblich wurde, nicht bloß von Konservativen und Ultramontanen, sondern auch von Liberalen und Demokraten. Welche gewaltige Arbeit der Aufklärung wäre damit geleistet worden!“

Verliert man dazu noch Worte?

Diese unsachliche Behandlung der politischen Angelegenheiten im allgemeinen und die der Arbeiter im besonderen durch die Sozialdemokratie, hat die deutschen Arbeiter am empfindlichsten geschädigt. Wurde eine große Masse der Arbeiter künstlich von den anderen Ständen isoliert und damit ihr Einfluß insgesamt ungeheuer geschwächt, so tat die parlamentarische Behandlung aller gesetzgeberischen Fragen ihr übriges dazu. Nicht das war entscheidend für sie, was notwendig für das Reich ist, und wie ein tretende Belastungen in gerechter und billiger Weise unter den Staatsbürgern verteilt werden, sondern, wie nützt es unserer Agitation, einer Agitation, die darauf zugeschnitten ist, die politische Macht an sich zu reißen, um damit den Staat zu stürzen. Hohe Forderungen auf der einen Seite, Ablehnung aller Mittel für den Staat auf der anderen, ja sogar Ablehnung von Gesetzen, die eigens für die Arbeiter geschaffen wurden. Es dürfte einleuchten, daß ein solches Verhalten den letzten politischen Kredit rauben muß. Eine Partei aber, deren „Taten“ so beschaffen sind, begibt sich damit des Rechtes, Kritik an den Handlungen anderer zu üben. Ihre Schuld an der Schädigung der Arbeiter wird darum nicht geringer, um so mehr noch, wenn sie sich „Arbeiterpartei“ zu nennen beliebt.

Ein besonderer Grund für die vertriebene Heze ist bei einigen sozialdemokratischen Gewerkschaften zu suchen, unter denen sich besonders der Vertikalarbeiterverband hervortut. Derselbe wies am Jahreschluss 1908 an Verbandsvermögen auf pro Kopf seiner Mitglieder ganze — 36 Pfennige! Begreift man da den eigentlichen Grund zur Heze?

Zum Schluss eine Frage: Ist der heutige Staat und die bürgerliche Gesellschaft wirklich so verfaul und geschwächt, daß in absehbarer Zeit ein sozialistischer Staat an deren Stelle treten wird? Nur ein Narr wird diese Frage bejahen! Nun also, dazu ist es ein Verbrechen

an der Arbeiterschaft, wenn deren Interessen in einer so mißgünstigen Weise vertreten werden, wie das die Sozialdemokratie tut. Für uns christlich-nationale Arbeiterschaft, die auf dem Boden der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung steht, worin die eigentliche Wurzel ihrer Kraft liegt, ist es daher Pflicht, die Reihen zu stärken. Nur so können wir den heute noch bestehenden Ungerechtigkeiten in Staat und Reich wirksam entgegenzutreten.



Liebe schwärmt auf allen Wegen,
Treue wohnt für sich allein;
Liebe kommt auch rasch entgegen,
Aufgesucht will Treue sein.



Aus dem Osten

unseres Vaterlandes schreibt man uns: Als ich in der vorigen Nummer der „Baugewerkschaft“ die Versammlungseinladung der sozialdemokratischen Bauarbeiterverbände in Danzig las, war ich nicht erstaunt darüber. Wir sind derartige Unpöbelungen gewohnt. Im vorigen Jahre sandte der bekannte Grünhagen an unsere Bezirksleitungen in Danzig und Königsberg folgende „Einladungen“:

„Danzig, den 30. Juni 1908.

An die Bezirksleitung des christlichen Bauhandwerker-Verbandes in Königsberg Ostpr.

Anliegend überfende ich Ihnen einen Einladungszettel zu einer von uns arrangierten Versammlung, die sich mit den christlichen Vertretern des Ostens beschäftigen soll. Angesichts der streifbrüchtreibenden christlichen Bezirksleitungen war dieses Thema unbedingt notwendig. Und weil Sie nun stets Ihren Mitgliedern gegenüber behaupten, daß Sie nur aus Fürsorge für die Arbeiterschaft und aus edlen Motiven heraus Streifbruch treiben, geben wir Ihnen Gelegenheit, dieses einmal in aller Öffentlichkeit beweisen zu können. Wir zweifeln deshalb auch nicht im geringsten, daß Sie dieser Einladung Folge leisten werden.

J. A. Fr. Grünhagen,

Danzig, Dominikswall 8, Hof 3. Etg.“

Seitens unserer Bezirksleitungen ist wegen der Gemeinheit und den Beleidigungen, die in dieser Einladung enthalten sind, keine Klage erhoben worden. Persönliches Mitleid war der Hauptgrund dazu, außerdem wurde ja auch durch eine Bestrafung keine Besserung erreicht. Dazu ist die Verbissenheit zu groß. Wundern tut uns nur, daß der jetzige Gauleiter der Maurer, Julius Gehl, hier nicht hindernd eingreift. Ursache hätte er gewiß dazu, denn wer seine Schrift „Etwas über die bereitete Lohnbewegung der Maurer in Berlin“ vom Jahre 1902 liest, findet darin fast noch ungleich schärfere Angriffe auf den Verband, als dessen Beamter er heute fungiert, wie das uns gegenüber der Fall ist. Und das sollte doch vorsichtiger machen. Wertvoll dürfte es daher sein, wenn wir einmal einigens aus dieser Schrift in die Erinnerung zurückrufen.

Im Jahre 1902 war Julius Gehl, heutiger Gauleiter des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, noch erster Leiter der anarcho-sozialistischen Maurer, den sogenannten Lokalkisten. Ueber die Haltung des „freien“ Maurerverbandes gegenüber den Lokalkisten bei der Lohnbewegung im Jahre 1900 urteilt Gehl folgendermaßen:

„Wir wollen die Schandtat, die bei dieser Gelegenheit von der Verbandsleitung uns gegenüber begangen wurden, übergehen, weil sie bei einem jeden von uns noch frisch im Gedächtnis sind, und nur bemerken, daß der damalige Vertrauensbruch der Verbandsleitung heute ein offenes Geheimnis ist.“

Die Tätigkeit der damaligen Achthekerkommission als Aufsichtsinstanz zur Durchführung des abgeschlossenen Vertrages ist nach Gehl nichts weniger als arbeiterfreundlich gewesen. Er sagt:

„Viele hundert Kollegen sind gemachregelt und ausgeipert worden. Alfordmairer oder sonstige Elemente traten an Stelle der organisierten Kollegen. Die Baubewertung hatten besonders unter diesen Maßnahmen zu leiden; sowie einer im Sinne der Organisierten wirkte, flog er hinaus. Da war es erklärlich, daß in den meisten Fällen niemand Baudeputierter sein wollte. Die Folge hiervon war, daß die Mißstände auf den Bauten überhand nahmen. In öffentlichen, sowie in Mitgliederversammlungen mußte wiederholt hiergegen Front gemacht werden. In Flugdriften wurden diese, trotz der Verträge, immer krasser auftretenden Mißstände besprochen und offen aufgeführt, gegen dieselben aufzutreten. Die Schinderei auf den Bauten nahm erschreckend zu. Die „Leistungsklausel“, die, um mit Silberschmidt zu reden, ein Schlag ins Wasser sein soll, hat den Arbeitgebern die günstigste Gelegenheit, mit Leichtigkeit das Arbeiter-Handwerk auszuüben. Diese Leistungsklausel ist die Peitsche, die der Arbeitgeber fortwährend und unbarmherzig auf unsere Kollegen niederzulassen läßt. Die Früchte dieser „unschätzblichen“ Klausel kann man, wenn der Wille vorhanden ist, und man überhaupt

nach für solche Dinge empfänglich ist, sehr leicht, auf fast jedem Bau erkennen. Da stehen die abgerackerten Wesslarer, vor Schweiß tiefend, teilweise nur mit Gams und Hose bekleidet und müssen schreien, und wehe demjenigen, der es wagt, für eine vernünftige Arbeitsmethode einzutreten. Er wird, weil er dem Unternehmer nicht mehr „konventionell“, einfach entlassen.“

Um sich gegen diese Mißstände zu wehren, gingen die Arbeiter auf einigen Bauten dagegen vor. Ueber den Verlauf dieser Abwehr verrät Gehl:

„Auf einigen Bauten konnten im vorigen Jahr die Kollegen sich denn doch solche entwürdigende Zustände nicht gefallen lassen. Sie legten die Arbeit nieder, brachten also an und für sich ein großes Opfer, um den Arbeitgeber zu veranlassen, die unnotwendige Maßregelung zurückzunehmen. Was geschah da? Die Verbandsleitung begruberte sich, wie sie selbst in ihrem letzten Geschäftsbericht zugibt, als Streikbrecher-Agentur. Sie sammelte nützliche, staatsverhaltende, arbeitswillige Elemente, die wir Maurer als Streikbrecher bezeichnen, und unter der Flagge, „von der Verbandsleitung“ geschickt, betätigten diese Werke ihr solidarische Gefühl, indem sie den streikenden Kollegen in den Rücken fielen.“

Wie ist das möglich, wird mancher, der dies liest, ausruhen, daß im Baugewerkschaftshaus, also da, wo nur die Interessen der Arbeiter vertreten werden, im Zimmer 29, eine Streikbrecher-Agentur für arbeitswillige Maurer vorhanden sein kann.

Eigentlich könnte man ja so etwas überhaupt nicht für möglich halten. Aber bei der Verbandsleitung der Maurer in Berlin ist eben noch mehr möglich, sie verrät sogar ihre Bruderorganisation den Arbeitgebern, wie wir folgende sehen werden.“

Als dann die Lokalkisten in 1902 eine Lohnbewegung inszenieren wollten, lehnten das die „freien“ Maurer mit dem Hinweis auf den bestehenden Vertrag ab. Gehl sagt davon:

„Wer die arme Verbandsleitung, was stellen wir doch für Anforderungen an sie, diese guten Deutschen, sie sind wohl firt, wenn es heißt, einen neuen Eid gegen uns auszusprechen. Heißt es aber gegen die Unternehmer, für die Mitglieder, ja, dann, o Herr, dann macht sich die Verbandsleitung eines Treubruchs schuldig und gegen wen — gegen die Unternehmer, aber der Treubruch gegen die Berliner Maurer? — — — D, schweigt davon.“

Auch recht so, wie konnten wir so vertrauensfestig sein und diesen Leuten glauben.

Die Verbandsleitung hat also die Treue, die sie einmal den Unternehmern geschworen, nicht gebrochen. Sie hat vielmehr noch was anderes getan, nämlich die zu einer Lohnbewegung so notwendigen und nicht zu entbehrenden Vorarbeiten offen durch den „Grundstein“ ihrem verhäudeten Arbeitgeberverband verraten.“

Denn „Weil wir uns aber entgegen dieser Ansicht Panzers erlaubt haben, eine Lohnbewegung zu inszenieren, so wird wohl dieses das Letztmalig gewesen sein, diese Bewegung aus reinem Neid und Haß gegen uns schon im Keime zu ersticken.“

Die lokalistischen Maurer beschloßen daher,

„Auf Grund dieser Tatsache in der jetzigen Zeit von einem Lohnkampf mit Bauherren absehen zu müssen, weil mit Bestimmtheit zu erwarten ist, daß etwaige Bauherren zur Erringung des 20-Pf.-Stundenlohnes von der Leitung des Zentralverbandes der Maurer Majorität gemacht werden.“

Gehl urteilt zum Schluß:

„Das ist das Resultat unserer Bemühungen, die Lebenshaltung der Berliner Maurer zu erhöhen; die verhindert sind von einer Handvoll hoffähiger „Arbeiterführer“, die in der Harmonie zwischen Arbeiter und Unternehmer die allein selig machende Kirche erblickten, denen die Treue zum Unternehmertum über das Wohl ihrer Mitglieder geht“, und die vor einer Demunziation nicht zurückschrecken, wenn es im Interesse der Harmonie liegt.“

Es weil sind wir jetzt gekommen, was wird das Ende sein?“

Das Ende war, daß Gehl bei der „handvoll hoffähiger „Arbeiterführer“, die in der Harmonie zwischen Arbeiter und Unternehmer die allein selig machende Kirche erblickten, denen die Treue zum Unternehmertum über das Wohl ihrer Mitglieder geht“ und die vor einer Demunziation nicht zurückschrecken, wenn es im Interesse der Harmonie liegt“, landete. Das ist freilich ein Ende, das die Lust gewaltig anreizt. Dabei will ich gar nicht daran zweifeln, daß Gehl heute die Grundzüge der Zentralverbände als die einzig zweckmäßigen anerkennt. Aber wenn er ehemals sich so sehr über eine nach seiner Meinung ungerechte Behandlung der „freien“ Maurer beklagte, so könnte er gewiß heute darauf achten, daß das von den Beamten, die unter seiner Autorität stehen, anderen Verbänden gegenüber unterbleibt. Oder war er auch hier wandelbar?

Worüber ich mich sehr gewundert habe, ist, daß ein Beamter des Bauhilfsarbeiterverbandes (Wesfa) das „Referat“ über den „Steuerwucher“ der christlichen Arbeiter übernommen hatte. Ich war der Meinung, die Angestellten dieses Verbandes könnten angefaßt der Koadjuten Brotschüre, die sehr frapant e Dinge über den Bauhilfsarbeiterverband enthält, ihr Vorantsein etwas einschränken.

Im übrigen täuschen wir uns nicht: Solange die heutigen Personen im Osten an der Leitung der „freien“ Bauarbeiterverbände stehen, wird der Kampf gegen uns nicht anders werden. Ihre ganze persönliche Qualifikation und ihr blindwütiger sozialdemokratischer Fanatismus verürgen uns das. Das mag bedauerlich klingen, besonders im Interesse der Arbeiter, aber es ist so. Um so mehr Grund für uns, die Ausflücht unserer Mitglieder im Osten zu betreiben.

Rundschau.

Abstellung von Baukontrolleuren in Bremen. Zur besseren Durchführung der Bauarbeiterbestimmungen beantragte die Abteilung Baukontrolle der Polizeidirektion der Stadt Bremen, die Anstellung zweier besonderer Baukontrolleure. In der Begründung dieses Antrages ist angegeben, daß die behördlichen und herangezogenen Baukontrolleure heute nicht genügend benötigt werden und daher eine verstärkte Kontrolle erforderlich ist. Die bisher mit der Kontrolle beauftragten Bauaufsicher sind anderweitig zu hart in Anspruch genommen, so daß es möglich war, eine ständige Kontrolle über die

Beachtung der Arbeiterbestimmungen mit dem vorhandenen Beamtenpersonal durchzuführen. Die Polizeidirektion hält eine solche Parteilichkeit in der Weise für unerlässlich, daß eigene dazu berufene Beamte von Bau zu Bau gehen und die getrockneten Einrichtungen einer genaueren Prüfung unterziehen. Ohne eine derartige Maßnahme würde die Behörde in den meisten Fällen von der vorgekommenen Verstößen zu spät unterrichtet werden und sich auf eine nachträgliche Bestrafung zu beschränken haben, während es vor allem darauf ankommt, rechtzeitig einzuschreiten und durch strenge Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften, Unglücksfällen, soweit möglich, vorzubeugen. Im Hinblick hierauf hält die Polizeidirektion es auch für geboten, mit der Anstellung der Baukontrolleure nicht bis zum nächsten Budget zu warten, sondern sie so bald wie möglich vorzunehmen. Was das Maß der Befähigung der anzustellenden Beamten anlangt, so ist die Polizeidirektion nach gutachtlicher Äußerung der Gewerkekammer der Ansicht, daß die zu schaffen den Stellen am geeignetsten mit älteren Kollegen besetzt werden, die neben praktischer Tätigkeit und Erfahrung auch über die erforderlichen technischen Kenntnisse verfügen. Der Senat tritt diesen Ausführungen bei und erucht die Bürgererschaft, der Anstellung von zwei Baukontrolleuren bis zum 1. Oktober d. J. zuzustimmen.

In diesem Beschlusse liegt immerhin ein Fortschritt, wenn er auch noch nicht das ist, was wir wünschen. Denn daß ältere Kollegen allein die Fähigkeiten zur Kontrolle besitzen sollten, können wir schlecht annehmen. Im übrigen hat die Bau-polizei von Bremen mit der Begründung ihres Antrags die Notwendigkeit besonderer Baukontrolleure drastisch bewiesen.

Uebertritt einer Zählstelle des christlichen Gärtnerverbandes zu den freien Gewerkschaften? Durch die sozialdemokratische Presse geht die Notiz von dem „Korporativen“ Uebertritt der Zählstelle der „Deutschen Gärtner-Verbandes“ zum sozialdemokratischen „Allgemeinen deutschen Gärtner-Berein“. Eine „Erklärung“ in dieser Notiz besagt, daß die angebl. übergetreten Mitglieder nicht mehr die Interessen der christlichen Gewerkschaften vertreten könnten, weil die christlichen Gewerkschaftsführer und Abg.ord. an, besonders der Abgeordnete Behrens, zusammen mit den bürgerlichen Parteien gegen das Wohl der Arbeiter auftraten. Die Erklärung hätten 15 Mitglieder unterzeichnet. Die Notiz hat sich als eine recht fetter Zeitungsernte erwiesen, die nur vom „Vorwärts“ herab bis zum kleinsten sozialdemokratischen Winkelblättchen kopiert wird. In Wahrheit sind zwei — zwei ganze Mitglieder des christlichen Gärtner-Verbandes übergetreten, eine Erscheinung, die umgekehrt in allen Verufen etwas alltägliches ist. Die ganze Notiz und die Umstände, die sie veruracht, hat aber einen ganz realen Hintergrund. — Welche Kreise des sozialdemokratischen „Allgemeinen deutschen Gärtner-Verbandes“ waren über die „uferlose Mißwirtschaft“ ihrer Organisationsleitung sehr empört, weshalb eine „außerordentliche Generalsammlung“ am 14. August 1909 unter Vorsitz der „Generalkommission“ außer dem Verbandsvorsitzenden, der angebl. „freiwillig“ ging, noch weitere zwei Vorstandsmitglieder hinausreformierte; ferner mußte ein Beamtenposten entlassen und der Beitrag um ca. 15 % erhöht werden, um lebensfähig zu bleiben. Um das Nachdenken der eigenen Mitglieder über diese Reform zu verhindern, brauchte man den Fall „Beitrag“. Der Vorsitzende dieser Zählstelle erlag der „Bearbeitung“ eines mit ihm in derselben Firma angestellten Genossen. Unter Mitwirkung des roten Beamten fertigte man nun obige „Erklärung“ an, und suchte auf Umwegen (durch Biergelage usw.) die Unterschrift der übrigen Mitglieder zu gewinnen. Das ist ihnen bei 12-14 meist jungen Kollegen, die nichtsahnend ihrem Vorsitzenden Vertrauen schenken, auch gelungen. Erst einige Tage später erkannten sie den Schwindel und den Zweck der Unterschriften und wollten natürlich von dem sozialdemokratischen Verband nichts wissen, so daß außer dem Vorsitzenden nur noch ein Mitglied übertrat. Die Genossen hatten aber schon vorheiß die Kunde von dem „Korporativen“ Uebertritt in die Presse lanciert und damit für ihre Mitglieder die „notwendige Sensation“ zur Ablenkung und gleichzeitig die Deffinitivität wieder einmal angelegen. — In der Eile waren die Genossen schon auf dem besten Wege, den christlichen Gärtner-Verband ganz „abzuschlachten“; für Westpreußen sollte das „Schlachtfest“ am 4. September in Düsseldorf stattfinden, wo man sich eigens den Vorsitzenden des christlichen Gärtner-Verbandes eingeladen hatte. Der ihnen „aufgebundene Varenbraten“ ist ihnen aber anscheinend von vornherein verfallen, denn die angelegte Versammlung fand nicht statt. Sie hätte auch nur dazu beigetragen, die eigenen Mitglieder über den Schwindel ihrer Organisationsleitung aufzuklären und das erliegen den Führern hoch wohl bedenklich.

Terror im Unternehmertum. Folgende Bekanntmachung erläßt der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe an der Unterweser (Bremerhaven):

„Arbeitgeberverband für das Baugewerbe an der Unterweser.“

Die Betonbaufirma Carl Brandt aus Bremen,

welche am hiesigen Kaiserhafen Arbeiten ausführt, weigert sich, während der Dauer ihrer hiesigen Beschäftigung unseren Verbände beizutreten und die von diesem gefaßten Beschlüsse zu respektieren.

Wir machen unsere Mitglieder auf die wegen Nichtmitgliedschaft bestehenden Beschlüsse, nach denen wir Nichtmitgliefern nicht gearbeitet, noch an sie geliefert werden darf, aufmerksam.

Zwischenhandlungen sind unter Strafe gestellt.

Bremerhaven, den 25. August 1909.

Carl Kistner, Vorsitzender.“

Dieser Ankündigung folgt eine zweite, welche die Arbeiter betrifft. Diese lautet:

„Arbeitgeberverband für das Baugewerbe an der Unterweser.“

Wir machen unsere Mitglieder ergebenst darauf aufmerksam, daß der „Deutsche Holzarbeiterverband, Zählstelle Bremerhaven“ einen Arbeitsnachweis für seine Mitglieder errichtet und dieses einem Teile der in Frage kommenden Betriebsinhaber mit dem Ersuchen um Benutzung durch Rundschreiben bekanntgegeben hat.

Aus diesem Grunde sehen wir uns veranlaßt, unseren Mitgliedern in Erinnerung zu bringen, daß eine Vermittlung der Arbeitskräfte nur durch unseren Arbeitsnachweis geschieht.

Um eine Kontrolle darüber zu haben, ob unser Nachweis von allen arbeitslosen Tischlern usw. befolgt wird, bitten wir bis auf weiteres direkt bei dem Meister um Arbeit anfragende Gesellen an unseren Nachweis zu verweisen, besonders aber keinen Gesellen vorher Arbeit zu versprechen.

Der Geschäftsführer des Verbandes ist angewiesen, bis auf weiteres dem Nachweis von Tischlerbetrieben die zum

Nachweis gesandten Tischlergesellen für sie einzustellen, nicht nachzukommen.

Bremerhaven, den 31. August 1909;
Der Vorstand
Carl Kistner, Vorsitzender.“

In diesen beiden Bekanntmachungen offenbart sich ein solches Maß von Herrschsucht, das kaum übertroffen werden kann. Mit Hilfe des geschäftlichen Boykotts, Unterdrückung der unorganisierten Arbeiter, und mit Hilfe des einseitigen Arbeitsnachweises die Beherrschung des Arbeitsmarktes, um unangenehme, d. h. gut organisierte Arbeiter zu jeder Zeit ungeschädlich machen zu können. Ob diese Bekanntmachungen bei gewissen Kreisen auch die bekannte Enttäuschung auslösen, wie sie das gegenüber den Arbeitern tun, wenn diese nicht mit den Unorganisierten zusammen arbeiten wollen?

Wirtschaftliche Bewegung.

Gesperrt sind: Ludwigshafen (Zimmerer), Lügde (Sperrt über das Geschäft des Unternehmers Wiehe; derselbe weigert sich, den abgeschlossenen Vertrag uneingehalten), Neustadt i. W. (Sperrt über die Firmen Petermann, Bloch, Hinz, Krenz und Geiger), Wiersen, Hülb. (Streit), Nachen (Streit der Stukkateure und Plasterer), Olsh, Wraefel, Stahl, Wiede-Affeln (Sperrt über die Firma Kiegelmann), Holzwinden (Aussperrung), Landeshausen (Streit der Maurer und Bauhilfsarbeiter), Bingen (Maurer m. Bauhilfsarbeiter), Berlin (Küchenselager, Differenzen mit den Subunternehmern), Dortmund (Sperrt über die Firma Lubbe), Zugun ist ferngehalten.

Bezirk Pothum.

Dortmund. (Das Verhalten der Dortmunder Polizei gegen über den Streikposten.) Wie schon bekanntgegeben wurde, ist von den Organisationen über die Firma Lubbe die Sperrt verhängt worden. Herr Lubbe ist ein geschworener Feind der Organisation, und wird jedesmal nervös, wenn er das Wort Verband hört. Die Arbeiter, die von Organisation reden, nennt er einfach Heber, und werden sie kurzerhand entlassen. Dagegen mußten wir uns wehren. Herr Lubbe ist nun ein besonderer Schütz in der Dortmunder Polizei entstanden. Schon am ersten Morgen der Sperrt, waren zwei Schützleute, ein Wachmeister und zuletzt noch der Kommissar, anwesend. Als die Organisationsleiter noch mal verjuchern wollten, mit Herrn Lubbe zu reden, um die Angelegenheiten in Frieden zu regeln, wurden sie von dem Wachmeister angefahren: „Wenn Sie nicht weitergehen, werden Sie eingekerkert.“ Die Sperrt besteht nunmehr seit dem 20. August, von dieser Zeit an kann man die bewaffnete Macht vom frühen Morgen bis zum späten Abend an der Baustelle sehen. Die Streikposten werden von der Polizei verfolgt und man verbietet ihnen einfach das Postenstehen. Es wäre gut, wenn die Dortmunder Polizei sich den § 152 der Gewerbeordnung mal näher ansehen würde. Dann würde sie nicht Posten, die ruhig ihres Amtes warten, ohne jeden Grund verhaften. Lubbe suchte nun im „Dortmunder General-Anzeiger“ Maurer und Bauhilfsarbeiter. Als nun vor auswärtigen Leuten kamen, die von der Sperrt nicht unterrichtet waren, und um Arbeit anfragten, wurde ihnen von Lubbe die Frage vorgelegt, ob sie dem Verbands angehören. Einer der Arbeitsvornehm wurde von Lubbe mit dem Revolver in den rechten Oberarm geschossen. Die Polizei sah sich aber nicht veranlaßt, dem Herrn Lubbe dieses Handwerk zu legen; im Gegenteil! Am Abend wurden mehrere Streikposten verhaftet und sogar noch Arbeitssuchende. Am Sonnabend, den 4. September, als des Abends die Streikposten von der Polizei und dem Herrn Lubbe nach Hause begleitet wurden, gingen mehrere Arbeiter und Bülgen ruhig ihres Weges hinter diesen Herr; auf einmal kam Herr Kommissar Schyank im schnellsten Tempo nach, und als er sah, daß alles ruhig seinen Weg ging, sprang er auf einmal vor unsern Kollegen Bett und rief: „Wenn Sie nicht sofort umkehren, dann haue ich Sie mit der blanken Waffe.“ Im selben Augenblick konnte man die blanken Waffe auch schon in der Luft blitzen sehen. Der Schußmann Killy griff den Kollegen sofort am Arm und ließ ihn vom Trottoir runter. Kollege Petri hat gegen die betr. Anzeige erstattet.

Bezirk Breslau.

In Kreuzburg, Konstadt und Ritschen ist nach einem dreiwöchigen Streit ein Tarifvertrag abgeschlossen worden, wozu nach in diesem Jahr 3 Pf. Lohnzulage und für 1910 3 Pf. beizuliegen wurden. Außerdem wird für Überstunden 10 Pf. und für Nacht- und Sonntagarbeit 20 Pf. pro Stunde mehr gezahlt. Bei Arbeiten, die 7 Kilometer vom Geschäftssitz entfernt liegen, wird ein um 2 Pf. höherer Lohn gezahlt. Der Vertrag hat Gültigkeit bis zum 31. März 1911. Da in Kreuzburg im früheren Zeit schon zwei Streiks verlorengegangen waren, mußte, da die Arbeitgeber auch diesmal sich dem Plan so dachten, mit aller Schärfe gekämpft werden. In Konstadt war es nicht nur die Polizei, sondern an manchen Tagen die ganze Feuerwehrt sowie die Bürger, die aufmarschierten und gegen uns Front machten. In Ritschen war es nicht viel besser. In Ritschen war ein Aufgebot von Gendarmen, die sich alle drei bis vier Stunden beim Bürgermeister, Rittmeister a. D., melden mußten, um so Tag und Nacht auf dem Posten zu sein. In Kreuzburg ging es ruhiger zu. Kurz und gut, die Arbeitgeber haben alles aufgebietet, um Arbeitswillige zu erhalten, selbst die Bekanntmachung durch die Zeitung, die Streikenden sollten alle anfangen zu arbeiten mit 3 Pf. Zulage, hat nicht gezogen. Die Kollegen standen fest. Selbst die Schöpfung und Frauen haben tapfer mitgestreift. Der Erfolg konnte daher auch nicht ausbleiben. Nun heißt es auch fernerhin festzuhalten an der Organisation, zu den 500 nächsten halb noch 200 gewonnen werden; also vorwärts Kollegen an die Arbeit.

In Landeshausen (Schlef.) geht der Streit immer noch weiter. Es ist den Arbeitgebern noch nicht gelungen, genügend Streikbrecher zu bekommen, und wird auch hier bei der Ausübung der Kollegen der Erfolg nicht ausbleiben.

In Rauslau ist der abgeschlossene Vertrag, der bis 1911 Gültigkeit hat, vom Bundesvorstand der Arbeitgeber nicht genehmigt worden. Die Rauslauer Kollegen werden sich daher jetzt mit der Lohnfrage für 1910 zu befassen haben, und mit der Frage, ob sie den Vertrag für die paar Monate noch wollen oder nicht. Zum Nachteil der Kollegen darf, nachdem wir in Konstadt und Kreuzburg höhere Löhne haben, die Absehung nicht sein.

Bezirk Köln.

Köln. In Nr. 36 der Rheinisch-Westfälischen Arbeiter-Zeitung wird in zwei Artikeln über einen Streit der Bauarbeiter am Neubau des Panzahauses an der Cercoustraße hierüber berichtet. Diese Berichte entsprechen jedoch nicht den Tatsachen. Der Geschäftsführer des Arbeitgeber-

verbandes für Ebn und Umgegend ist krampfhaft bemüht, den Arbeitern und deren Organisations-Vertragsbrüche nachzuweisen und glaubt hier einen fetten Witten gefunden zu haben. Die Angelegenheit verhält sich folgendermaßen: Der betreffende Bau wird von der Lokat-Eisenbeton-Gesellschaft ausgeführt. Selbige Firma hat die Maurerarbeiten an den Maurermeister H. Fiebig weitergegeben. Beschäftigt wurden an dieser Baustelle insgesamt 128 Mann, und zwar 60-70 Maurer und 50-60 Betonarbeiter. Schon des längeren bestanden dort Mißstände, die eine gereizte Stimmung unter den daselbst beschäftigten Kollegen auslöste. So war es unter anderem vorgekommen, daß Erkrankte, nach 7-8wöchentlicher Krankheit, noch kein Krankengeld bekommen hatten. Die Lokat-Gesellschaft hat eine Betriebskrankenkasse. Zur Befestigung dieser Mißstände wurden fünf Maurer beim Direktor der genannten Gesellschaft vorstellig. Der Direktor versprach auch, für Abhilfe Sorge zu tragen, es blieb aber, namentlich in bezug auf die Krankenkasse, beim alten Stande. Am Freitag, den 27. August, wurden nun sieben Maurer und drei Hilfsarbeiter angeblich wegen Arbeitsmangel bzw. Materialmangel entlassen, nachdem man acht Tage vorher, noch zehn Leute eingestellt hatte. Unter diesen sieben Maurern befanden sich auch jene fünf, welche vorstellig wurden, die übrigen Entlassenen hatten sich ebenfalls mehr oder weniger um die Befestigung der Mißstände bemüht. Die Maßregelung trat hier also klar in die Erscheinung. Nachdem die Vertrauensleute der Organisationen des längeren mit dem Maurermeister Fiebig verhandelt hatten, und keine Einigung bezüglich der Einstellung der Entlassenen erzielt wurde, erklärten sich sämtliche Maurer und Hilfsarbeiter mit diesen solidarisch und einigten sich dahin, so lange feiern zu wollen, bis wieder genügend Material zur Stelle sei. Es würde jedoch wohl nicht zur Arbeitszeinstellung gekommen sein, wenn nicht, wie schon bereits gesagt, infolge der Mißstände eine große Unzufriedenheit unter den Kollegen geherrscht hätte. Es fanden am Montag Verhandlungen mit dem Direktor der Lokat-Gesellschaft im Beisein des Geschäftsführers des hiesigen Arbeitgeberverbandes statt. Vereinbarung wurde, daß sämtliche Entlassenen, mit Ausnahme von zwei Maurern, die einen Bauführer beschimpft haben sollten, wieder eingestellt würden. Der eine der beiden Kollegen, die nicht wieder eingestellt werden sollten, bestand jedoch auf seine Wiedereinstellung, weil er sich seiner Beschimpfung schuldig gemacht habe und eine ganze Anzahl der Kollegen dieses bezeugten; deshalb verzögerte sich die Wiederaufnahme der Arbeit. Unterdessen legten auch die Zementarbeiter die Arbeit nieder, weil ihnen Dienstagmorgen beim Frühstück gesagt wurde, „Ihr müßt heute abend alle aufbrechen, wenn bis Mittag die Maurer und Hilfsarbeiter die Arbeit nicht wieder aufnehmen“. — In einer am Mittwoch früh stattgefundenen Sitzung der Schlichtungskommission, welche sich mit der Angelegenheit befaßte, erklärten die Vertrauensleute der Organisation, daß die Verbände nicht für diese Arbeitsniederlegung verantwortlich gemacht werden dürften, da diese die Arbeitsniederlegung durchaus nicht billigten. Am Donnerstag früh wurde sodann von sämtlichen Kollegen die Arbeit wieder aufgenommen. In einer am Mittwochabend stattgefundenen Versammlung verzichtete der eine Maurer auf seine Wiedereinstellung. Eins stellen wir zum Schluß nochmals fest: Hätte man nicht die Maßregelung vorgenommen, so wäre die ganze Sache nicht vorgekommen. Wir können gewiß nicht die Arbeitseinstellung gutheißen, jedoch ist war nur eine Folge der unklugen Handlungsweise der betr. Arbeitgeber.

Bezirk Karlsruhe.

Pforzheim. Der nochmalige Vermittlungsversuch des Gewerbegerichtsvorsitzenden in der hiesigen Lohnbewegung blieb ohne jeden Erfolg. Eine am Donnerstag, den 9. d. Mts., abgehaltene Versammlung der Streikenden beschloß sich beim auch wiederum mit dem gegenwärtigen Stande des Streiks. Nach einem Vortrage des Gauleiters und eingehender Diskussion wurde über die Frage, ob der Kampf weitergeführt oder abgebrochen werden solle, abgestimmt. Mit 61 gegen 57 Stimmen wurde die Beendigung des Kampfes beschlossen und am Freitag die Arbeit wieder bedingungslos aufgenommen. Der Streik dauerte rund 21 Wochen, er hatte am 19. April d. Js. begonnen. Es sind wohl wenige Streiks mit größerer Erbitterung geführt worden, als wie der hier in Pforzheim. Es regnete sozusagen Polizei- und Gerichtsstrafen. Der Ausgang des Kampfes, der hier zwischen dem sogenannten „freien“ Maurerverband und den Arbeitgebern ohne jede Mitwirkung unseres Verbandes geführt wurde, war schon von vornherein vorauszu sehen, da die Bauten, auf welche es bei der Bewegung hauptsächlich ankam, trotz des Streiks, wenn auch nur leidlich, so aber doch weitergeführt wurden. — Bemerkenswert noch werden, daß unsere Organisation keinerlei Einwirkung auf diese Lohnbewegung hatte, da wir in Pforzheim, infolge des dort herrschenden roten Terrorismus nur Einzelmitglieder haben.

Bezirk Saarbrücken.

Saarbrücken. Der Streik in Saarbrücken und St. Ingbert ist beendet. Am Dienstag, den 7. September, wurde in einer Versammlung beschlossen, den Kampf vorläufig abzubrechen und bis zu einem günstigeren Zeitpunkt zu vertagen. Die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgte am 8. September.

Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Sachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstags morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Maurer.

Wronke. Am Sonntag, den 5. September, fand im Hotel Victoria eine öffentliche Versammlung der Bauhandwerker von Wronke und Umgegend statt, die sehr gut besucht war. Zu dieser Versammlung war ein Defizent von Posten erschienen. Auf der Tagesordnung stand: „Der neue Tarif und die Lage der Bauhandwerker in Wronke“. Kollege Wäger eröffnete die Versammlung und erteilte dem Referenten das Wort. Redner besprach zunächst die Schwierigkeiten des neuen Tarifabstufes für Wronke, was auch anerkannt wurde. Weiter beleuchtete er die wirtschaftliche Lage der Wronker Kollegen, und appellierte an alle, auf dem Posten zu sein und für die Durchföhrung des abgeschlossenen Tarifes zu sorgen. Kaum ist nun hier ein Tarif zustande gekommen, so finden sich auch schon Mörzler; so Genosse Schulz (Posten) im „Grundstein“ Nr. 35. Unsere Kollegen protestierten energisch gegen die Klunkerereien im „Grundstein“ und stellten Schulz anheim, die Finger von unserer Sache zu lassen, und sich lieber um seine eigenen Angelegenheiten zu kümmern. Wir sind eine selbständige Organisation und brauchen nicht nach der Pfeife des Schulz zu tanzen. Ueber die Entziehung des Schulz wandern wir uns ja nicht, denn wo man nichts hat, läßt es sich leicht schimpfen. Doch das sind wir gewöhnt von ihm; in Posten trieb er voriges Jahr das gleiche Spiel. Hat er die Lehre von dort wieder vergessen? Unsere Kollegen sind mit dem, was erreicht worden ist, zufrieden, und werden sich auch in der Zukunft zu helfen wissen. Aber besser wäre es, wenn Schulz mal erzählen wollte,

was er in Schmiegel und Birnbaum mit seinen Vetreuen erreicht hat. Nach weiterer Diskussion und Erledigung interner Angelegenheiten wurde die gutbesuchte und imposante Versammlung geschlossen.

Hilfsarbeiter.

Hannover III. Am 3. September fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht des Vorstandes. 2. Vorstandswahl. 3. Verschiedenes. Nach Verlesung des Protokolls dankte der Vorsitzende der Versammlung für den guten Besuch; er wünschte, die Kollegen möchten auch später immer so zahlreich an den Versammlungen teilnehmen. Alsdann gab der Vorsitzende, Kollege Bode, den Geschäftsbericht vom verflorenen Jahre. Er betonte, daß wir ein gutes Jahr zu verzeichnen hätten, da die Mitgliederzahl um 99 zugenommen hat; davon seien 2 gestorben, 5 ausgetreten. Kollege Schneider richtete an die Kollegen die Bitte, sie möchten besser mitarbeiten und den Vorsitzenden mehr wie früher unterstützen. Gewählt wurden: Jakob Bode, Pferdestr. 7, als erster Vorsitzender, Wendelin Bachmann, Wodstr. 19, als zweiter Vorsitzender, als erster Schriftführer Karl Koch, Lutherkirche 3, als zweiter Johannes Ritter, Schützenstr. 1; als erster Marquardt, Bahnenwalder Str. 59. Zu Kartell-Delegierten wurden gewählt Jakob Bode, Wendelin Bachmann, Albert Roter und Adolf Wolter. In die Beschwerde-Kommission wurden gewählt Wendelin Bachmann, Adam Bügel und Lorenz Kosmoski. Im Punkt „Verschiedenes“ wurden die Affordarbeit bzw. des Kaffragens gestreift. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Volkswirtschaftliches u. Soziales.

Die deutsche Sterbetafel für 1891 bis 1900. Eine der wichtigsten Einrichtungen zur Erforschung der Bevölkerungs-bewegung und besonders zur Erforschung der Lebensdauer und der Sterblichkeit sind die Sterbetafeln, wie sie jetzt in den meisten Kulturländern bestehen. Mehr und viel genauer als durch leicht käufliche Durchschnittsberechnungen läßt sich durch diese Sterbetafeln ein Bild über den Gang der Bevölkerung gewinnen. In den letzten Jahren ist in Deutschland und zwar für die Jahre 1891 bis 1900 eine neue Sterbetafel ausgearbeitet worden, die soeben im Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich für 1909 veröffentlicht wird. Da die Bevölkerungsbewegung beim weiblichen Geschlecht mancherlei Abweichungen gegenüber der Bevölkerungsbewegung beim männlichen Geschlecht zeigt, so wurden auch für beide Geschlechter besondere Sterbetafeln aufgestellt, doch ist daneben auch noch eine Sterbetafel für beide Geschlechter ausgearbeitet worden. Das Wesen der Sterbetafel besteht darin, daß eine bestimmte Gesamtheit von Personen bis zum gänzlichen Absterben beobachtet wird. Erst hieraus läßt sich ein genauer Einblick in das Werden und Vergehen von Menschengenerationen tun. Ist die Einrichtung von Sterbetafeln schon von großer Allgemeinbedeutung, weil dadurch genaue Aufkunst über den wichtigsten Bestandteil des Staates, über das Menschenmaterial, gegeben wird, so ruht auch die mechanische Grundlage des gesamten Versicherungswesens, soweit es die Personenversicherung betrifft, auf den Sterbetafeln, und ebenso sind auch viele Unterstützungsklassen, Pensionsklassen usw. auf die Ergebnisse der Sterbetafeln angewiesen, wenn sie auf einer gesunden Grundlage ruhen wollen.

Berfolgen wir zunächst einmal das im Laufe der Zeit eintretende Absterben von 100 000 neugeborenen Personen des männlichen Geschlechts. Nach einem Monat waren 7372 gestorben, es blieben demnach noch 92 628 übrig, zwischen dem ersten und zweiten Monat starben 2881 Kinder, so daß nach zwei Monaten noch 89 747 übrig blieben. Von 100 000 Neugeborenen männlichen Geschlechts waren nach Ablauf eines Jahres nur noch 76 614 als lebend zu ermitteln. Die bekannte Tatsache, daß die Sterblichkeit im Säuglingsalter besonders groß ist, wird noch dahin ergänzt, daß auch schon im ersten Lebensjahre nach und nach eine merkliche Abnahme der Sterblichkeit eintritt, daß also die ersten Monate und speziell wieder die ersten Wochen für die Kinder besonders gefährlich sind. Nach dem ersten Lebensjahre wird die Sterblichkeit wesentlich niedriger. Von den 100 000 Personen männlichen Geschlechts blieben übrig beim Abschluß des zweiten Lebensjahres 72 331, nach Vollendung des fünften Lebensjahres 69 194, nach Vollendung des zehnten Lebensjahres 67 369, nach Vollendung des fünfzehnten Lebensjahres 66 462, nach Vollendung des fünfzehnjährigen Lebensjahres 63 168. Nach Abschluß des achtundvierzigsten Lebensjahres lebt immer noch mehr als die Hälfte der beobachteten 100 000 Personen, es können noch 50 708 Personen ermittelt werden, dagegen können nach Vollendung des 49. Lebensjahres nur noch 49 875 Personen als lebend ermittelt werden. Nach Vollendung des 60. Lebensjahres leben nur noch rund 25 Prozent der in die Beobachtung einbezogenen Personen, nach Vollendung des 78. Lebensjahres noch 10 Prozent, nach Vollendung des 82. Lebensjahres 5 Prozent, nach Vollendung des 88. Lebensjahres noch 1 Prozent, bis schließlich nach 100 Jahren von 100 000 Personen nur noch 2 übrig bleiben. Etwas günstiger sind die Sterblichkeitsverhältnisse beim weiblichen Geschlecht. Nach Vollendung des ersten Lebensjahres waren beim männlichen Geschlecht von je 100 000 Neugeborenen 23 386 gestorben, beim weiblichen Geschlecht jedoch 19 862. Das Absterben um die Hälfte trat bei den Männern zwischen dem 48. und dem 49. Lebensjahre ein, bei den Frauen erst zwischen dem 54. und 55. Lebensjahre. Ein Viertel der Überlebenden war noch zu zählen bei den Männern in der Altersstufe vom 68. bis zum 69. Lebensjahre, bei den Frauen zwischen dem 71. und 72. Lebensjahre. Von je 100 000 Personen erreichen ein Alter von 95 Jahren 46 Männer, aber 107 Frauen, auf 2 Männer, die ein Alter von 100 Jahren erreichen, kommen 8 Frauen mit dem gleichen Alter.

Aus den Sterbetafeln läßt sich auch die mittlere Lebenserwartung für die einzelnen Altersklassen ersehen. Ein Knabe von einem Jahre hat noch eine mittlere Lebenserwartung von 51,85 Jahren, sein Alter würde also auf 52,85 Jahre zu bemessen sein, ein zehnjähriger Knabe hat noch eine mittlere Lebenserwartung von 49,66 Jahren, er würde also ein Alter von 59,66 Jahren erreichen, ein zwanzigjähriger junger Mann hat noch eine mittlere Lebenserwartung von 41,23 Jahren, sein Alter würde also auf 61,23 Jahre zu berechnen sein. Ferner beträgt bei den Männern die Lebenserwartung im Alter von 30 Jahren 33,46 Jahre, im Alter von 35 Jahren 29,59 Jahre, im Alter von 40 Jahren 25,89 Jahre, im Alter von 50 Jahren 19 Jahre, im Alter von 60 Jahren 12,82 Jahre, im Alter von 75 Jahren 5,8 Jahre. Ein alter Mann von 90 Jahren hat noch eine mittlere Lebenserwartung von 2,23 Jahren, beim 100-jährigen Mann beträgt die mittlere Lebenserwartung noch 1,3 Jahre. Bei den Frauen ist die mittlere Lebenserwartung in allen Altersklassen noch etwas höher.

Die Heilanstalten in Deutschland. Nach der letzten Zusammenstellung des Kaiserlichen Gesundheitsamtes über die Heilanstalten in Deutschland bestanden 3603 Allgemeine Krankenhäuser und zwar 2182 Anstalten öffentlichen Charakters, 1362 private Anstalten, wobei nur die Anstalten mitgezählt werden,

in denen mindestens 11 Betten zur Verfügung stehen. 59 Anstalten von Universitäten. Anstalten für Geisteskranken, Epileptiker, Idioten, Schwachsinnige und Nervenranke wurden 478 ermittelt, darunter 280 private. Die 106 Entbindungsanstalten waren 62 öffentliche und je 22 private und Universitätsanstalten. Die Augenheilanstalten sind zum größten Teil private Unternehmungen, neben 103 privaten Anstalten wurden 23 öffentliche Augenheilanstalten und 21 Universitätsheilanstalten gezählt. In den gesamten Heilanstalten standen 328 983 Betten zur Verfügung, 115 714 in den Anstalten für Geisteskranken, 3498 in den Entbindungsanstalten und 4654 in den Augenheilanstalten. Verpflegte Kranke wurden im letzten Jahre der statistischen Ermittlung gezählt 1 500 793 in den Allgemeinen Krankenhäusern, darunter 923 773 in den Krankenhäusern mit öffentlichem Charakter und 168 331 in den Anstalten für Geisteskranken. Nach einer Statistik über den Zeitraum von drei Jahren wurden in den Heilanstalten für Geisteskranken 176 978 neuzugewogene Krankheitsfälle gezählt. Die häufigsten Krankheitsformen waren einfache Seelenstörung in 81 715 Fällen, Epilepsie in 15 634 Fällen, paralytische Seelenstörung in 15 490 Fällen, angeborene Idiotie und Arretinismus in 13 849 Fällen, Alkoholismus in 12 853 Fällen, Neurasthenie in 12 492 Fällen.

Die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte im Jahre 1908. Nach der letzten Zusammenstellung bestanden Ende vergangnen Jahres in Deutschland 469 Gewerbegerichte, darunter 21 auf Grund der Landesgesetze zur Entschcheidung gewerblicher Streitigkeiten berufene Gewerbegerichte, sowie 422 Innungs-schiedsgerichte. Von den 469 Gewerbegerichten kamen 255 auf Preußen, 59 auf Bayern, 44 auf Sachsen und 24 auf Württemberg. Vor den Gewerbegerichten wurden im Vorjahre 193 281 Klagen anhängig gemacht, davon waren 5672 Klagen, die von Arbeitgebern gegen Arbeiter eingeleitet worden waren. Die Zahl der vor den Gewerbegerichten geföhrten Prozesse hängt eng zusammen mit der industriellen Entwicklung der einzelnen Bezirke, Provinzen und Bundesstaaten. So kamen z. B. im vergangenen Jahre auf den industriearmen preussischen Regierungsbezirk Allenstein nur 80 Gewerbegerichts-Klagen, auf den Bezirk Straßburg kamen 99 Gewerbegerichts-Klagen, dagegen 3339 auf Wiesbaden, 4877 auf Düsseldorf, 5597 auf Arnberg, 6048 auf Potsdam und 14 368 auf Berlin. Von den Bundesstaaten hatte Sachsen die meisten Gewerbegerichts-Klagen, nämlich 13 198, weiter wurden Gewerbegerichts-Klagen gezählt 6980 in Bayern, 2534 in Württemberg, 3375 in Baden, 4620 in Hamburg. Als Einigungsamt wurden die Gewerbegerichte angerufen 181 mal von beiden Parteien, 6 mal von Arbeitgebern und 134 mal von Arbeitnehmern. Dabei wurde 151 mal eine Vereinbarung abgeschlossen, 35 mal wurde ein Schiedsgericht gefaßt und 76 mal waren die Verhandlungen erfolglos. Die 33 gefaßten Schieds-sprüche wurden 26 mal von beiden Teilen angenommen, in 6 Fällen stimmten nur die Arbeitgeber zu und in 3 Fällen nur die Arbeiter. Durch Vergleich sind 47 595 Klagen vor den Gewerbegerichten beendet worden. Der Wert betrug bei 48 584 Klagen bis zu 20 M., bei 31 616 Klagen mehr als 20—50 M., bei 16 951 Klagen mehr als 50—100 M. und bei 3574 Klagen mehr als 100 M. Zu 587 Fällen ist gegen Urteile der Gewerbegerichte Berufung eingelegt worden. Kaufmannsgerichte bestanden im ganzen Reich 262, davon waren 221 den Gewerbegerichten angegliedert. Auf Preußen allein kamen 141 Kaufmannsgerichte, weiter 26 auf Bayern, 17 auf Sachsen, 9 auf Württemberg und 7 auf Baden. Insgesamt sind im Vorjahre 21 116 Klagen eingereicht worden, darunter waren 1413 Klagen, die von Prinzipalen ausgingen. Wie bei den Gewerbegerichten wurden auch bei den Kaufmannsgerichten in einzelnen Bezirken sehr wenig Klagen gezählt. Auf den Regierungsbezirk Allenstein kamen nur 15 Klagen, auf Straßburg 18 Klagen, auf die Bezirke Aurich, Osnabrück, Stade und Hildesheim je 32—33 Klagen, auf die Bezirke Köslin, Cöblenz und Bromberg 46, 53 und 63 Klagen, dagegen kamen auf den Bezirk Potsdam 1318, auf den Bezirk Düsseldorf 1533 und auf Berlin 5221 Kaufmannsgerichts-Klagen. In den Bundesstaaten wurden Kaufmannsgerichts-Klagen gezählt: 5 in Sachsen-Meiningen, 9 in Altenburg, 35 in Oldenburg und 44 in Mecklenburg-Schwerin, dagegen kamen auf das Königreich Sachsen 2578 Kaufmannsgerichts-Klagen. Durch Vergleich vor den Kaufmannsgerichten sind 9375 Klagen erledigt worden. Der Wert bei den Prozessen vor den Kaufmannsgerichten war in 1543 Fällen bis zu 20 M., in 2937 Fällen von 20—50 M., in 4206 Fällen von 50—100 M., in 7256 Fällen von 100—300 M. und in 4275 Fällen über 300 M. Als Einigungsamt wurden die Kaufmannsgerichte nur 2 mal angerufen. Neben der Rechtsprechung haben sich die Gewerbegerichte noch beschäftigt mit 33 Gutachten und 43 Anträgen, die Kaufmannsgerichte mit 49 Gutachten und 83 Anträgen.

In welchem Alter kommen die meisten Verurteilungen vor? Unter dem Namen „Hauptstelle für Jugendfürsorge“ ist im Nürnberg ein Verein ins Leben gerufen worden, der sich die Aufgabe gestellt hat, sich solcher junger Leute anzunehmen, die in Gefahr sind, dem Verbrechen zum Verfall zu verfallen. Dieser Verein hat eine Umfrage in den Jugendhäusern darüber veranstaltet, in welchem Alter die erstmalige Verurteilung der Inzassen erfolgt ist. Von rund 31 000 Jugendhäusern sind 2000 zum ersten Male im Alter von 12—14 Jahren, 8800 im Alter von 14 bis 18 Jahren und 13 000 im Alter von 18 bis 25 Jahren zur Verurteilung gezogen worden. Mehr als ein Drittel der 31 000 Jugendhauseinwässer waren somit als „Jugendliche“ im Sinne des Gesetzes verurteilt worden, und 28 800, etwa 3/4 der Gesamtzahl, haben vor dem 25. Lebensjahre die erste Verurteilung erlitten. Das ist eine Statistik, die geradezu erschreckend wirkt, obwohl durch sie nur bestätigt wird, was größenteils schon bekannt war: daß nämlich die Kriminalität der Jugendlichen ein fürchterliches Kapitel in unserem „modernen“ Staatsleben bildet.

Die Wurmkrankheit der Bergleute. Die vor einigen Jahren durch ausländische Arbeiter in den Ruhrbezirk eingeschleppte Wurmkrankheit (Anthraxanthrax), deren rasche Verbreitung unter der Grubenarbeiterschaft große Sorge erweckte, ist dank den energigsten Maßregeln zur Bekämpfung der Seuche so sehr zurückgegangen, daß ihre völlige Ausrottung wohl nur noch eine Frage der Zeit sein dürfte. Im Jahre 1904 war die Krankheit bei 13 861 Personen festgestellt worden; auf tausend im Ruhrbergbau Beschäftigte entfielen 49 Erkrankungs-fälle. Im Jahre 1905 verminderte sich die Zahl der Erkrankten auf 5024 (18 auf 1000), im Jahre 1906 auf 3128 (11 auf 1000), im Jahre 1907 auf 1851 (6 auf 1000) und im Jahre 1908, dessen Zahlungsergebnis jetzt vorliegt, ist die Zahl der Erkrankten auf 1171 (3 auf 1000) gesunken.

Von den Arbeitsstellen.

Offen (Ruhr). Am Dienstag, den 7. September, stürzte am Neubau des Unternehmens Sprenger in Offen W., Berliner Straße, das gesamte Dachgeschoß ein. Es ist ein Wunder zu nennen, daß von den sechs in der Vorderfront arbeitenden Maurern keiner verunglückt ist. Hätten die Kollegen an der Frontfront gearbeitet, wären sie zweifellos dem einstürzenden Dachgeschoß zum Opfer gefallen. Schuld sollen Karler Wind und schlechte Abstützung gewesen sein. Als nächster ein Maurer durch den Sturz losgerollenes Mauerwerk beiseite geschoben wurde, fiel ein Stein einem unten vorbeigehenden Handlanger auf den Kopf und verletzte ihn erheblich. Der Bedauernswerte fand Aufnahme im Krankenhaus. Dieses dürfte für

die Kollegen eine Warnung sein, und sie veranlassen, sich in Zukunft vorzusehen.

Frankfurt a. M. In einem Korbhaus an der Hanauer Landstraße löste sich am Mittwoch, den 8. September, nachmittags gegen 2 Uhr eine Mauerlammer an einem Gerüste, so daß dieses nachgab und der darauffolgende 19 Jahre alte Maurer Philipp Neubcker von Spandolingen vom zweiten Stock aus in die Tiefe stürzte und einen komplizierten Schädelbruch, mehrere Rippenbrüche, sowie einen Bruch des linken Schläffels beinahe davontrug. Er wurde durch die Rettungswache der Burgstraße beim Heiliggeist-Hospital zugeführt, wo er, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben, eine halbe Stunde darauf den erhaltenden Verletzungen erlag.

Saarbrücken. Auf der Zeche Camphausen ereignete sich am Dienstag, den 31. August, ein sehr schweres Unglück. In dem neu auszuführenden Schachte angebrachte schwebende Mauerbühne ging plötzlich in die Tiefe, wobei acht Mann ihr Leben einbüßten. Der neue Schacht IV, in dem das Unglück geschah, ist im Oktober v. J. in Angriff genommen worden. Gegenwärtig hat man eine Tiefe von 200 Metern erreicht, aber noch gilt es, etwa 400 Meter tiefer in das Erdinnere zu bringen, bevor man zu der Kohle gelangt. Von der Gewalt, mit der die Mauerbühne in die Tiefe gestürzt ist, kann man sich einen Begriff machen, wenn man die Zerstörungen des mächtigen Balkengerüstes sieht, das die Förder- einrichtung des neuen Schachtes trug. Hier sind die Balken von doppelter Armstärke glatt durchgeschlagen worden. Noch schlimmer sind die Zerstörungen in dem Maschinenhause neben dem Schachte. Hier stand die Dampfmaschine, die das starke Drahtseil auf einer Trommel aufwickelte. Wie schon gesagt, befanden sich zur Zeit des Unglücks acht Leute auf der von dem Drahtseil gehaltenen Mauerbühne, die in dem Schacht auf- und niedergewunden wurde, und auf der die Mauerarbeiten ausgeführt wurden. Beim Tiefersinken der Mauerbühne verlagte am Dienstagabend die Bremsvorrichtung. Die Ursache hierzu ist noch nicht genau festgestellt, doch vermutet man einen Materialschaden an der Drahtmaschine, die bis dahin seit Monaten tadellos gearbeitet hatte. Vermutlich ist bei einem der Bahnräder ein Zahn gebrochen, so daß sich die Drahttrommel in immer wachsender Schnelligkeit drehte und hierbei die Bremsvorrichtung verlagte. Die Mauerbühne mit den acht Leuten sauste in rasender Geschwindigkeit in die Tiefe bis auf den Grund des Schachtes, das schwere Drahtseil widerte sich unter dieser Wucht und unter der Last des eigenen Gewichtes schnell ab und riß sich von der Trommel los. Das ganze Seil im Gewichte von über 4000 Kilogramm begrub dabei unter sich die acht Leute auf dem Grunde des Schachtes. Durch die Reißkraft des Seiles wurde die Dampfmaschine in Stücke zertrümmert, die das Dach zur Hälfte zerstörten und eine Wand des Gebäudes herausgeschleuderten. Hierbei ist niemand verunglückt. Einer der Schachthauer, der sich in einem Förderkorb in etwa derselben Höhe mit der Mauerbühne befand, ist von dem Unglück verschont geblieben. Da er mit der Fördermaschine nicht mehr zutage gezogen werden konnte, mußten mit einer Handhassel zwei Schachthauer in die Tiefe gelassen werden, die den Kameraden aus seiner gefährlichen Lage befreiten. Unter den Verunglückten ist auch ein Kollege unseres Verbandes, der Maurer August Michel. Am 20. August reiste er von Singig bei Recklinghausen nach Saarbrücken. Er ahnte wohl nicht, daß er wenige Tage darauf dort sein Leben lassen sollte.

Literarisches.

Deutsche Reichsgesetze in Einzelabdrucken:

Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb. (Nr. 201.) Vom 7. Juni 1909. Preis 20 Pf.

Gesetz über die Sicherung der Bauforderungen. (Nr. 363/64.) Vom 1. Juni 1909. — Beide Gesetze in der Textausgabe mit Einleitung, erläuternden Anmerkungen und ausführlichem alphabetischen Sachregister. Herausgegeben von Geh. Justizrat, Univ.-Professor Dr. Karl Gareis (München). Verlag von Emil Roth in Vießen.

Trotz vorzüglicher Ausstattung sind dies die billigsten Ausgaben der neuen wichtigen Gesetze, von dem berühmten Münchener Rechtslehrer, welcher als eine Autorität in der Jurisprudenz bekannt ist, vorzüglich kommentiert. Besonders übersichtlich durch die treffenden, den Inhalt präzis charakterisierenden Schlagworte, mit denen jeder Paragraph überschrieben ist. Die klaren, verständlichen Anmerkungen bestätigen aufs neue, daß die Gareis'schen Gesetzesausgaben zu den besten zählen.

Das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter. Arbeiter-Bibliothek, 7. Heft. (16.—20. Liefdr.) 56 Seiten 8°. Preis 20 Pf. Verlag der „Westdeutschen Arbeiter-Zeitung“, W.-Labach 1909. — Wer überzeugt ist von der Bedeutung, die in der heutigen Sozialreform der Selbsthilfe neben der Staatshilfe zukommt, dem ist sofort die ausschlaggebende Rolle klar, die das Koalitionsrecht als Basis des wirtschaftlichen Zusammen- schließes der einzelnen gewerblichen Berufsstände spielt. Ganz besonders gilt das für den Arbeiterstand. Für ihn ist die Selbst- hilfe in Form der gewerkschaftlichen Koalition der Haupthebel zur Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lage und ein volles, freies Koalitionsrecht deshalb die elementarste Vorbedingung seines wirtschaftlichen Emanzipationskampfes und Aufstieges. Ohne ein freies Koalitionsrecht ist überhaupt der ganze freie Arbeits- vertrag, obson gleichfalls statuiert (§ 105 RStD.), Schall und Rauch. Mit Recht drängt deshalb der durch die heute noch herrschenden reaktionären Beschränkungen des Koalitionsrechts in seinem Rechts- und Persönlichkeitsempfinden tief verletzte Bohrerstand mit allem Nachdruck auf die Sicherstellung und den energischen weiteren Ausbau des Koalitionsrechts. Immer enger rückt die Frage der Erweiterung des Arbeiterrechts, speziell des Koalitionsrechts, an die Seite der bisher in der sozialen Arbeitergesetzgebung vorherrschenden Frage des Arbeiterschutzes. In den interessierten Kreisen wird es deshalb mit Freuden begrüßt werden, daß das schon in den früheren Auflagen sehr gut aufgenommene 7. Heft der „Arbeiter-Bibliothek“: „Das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter“, jedoch in neuer, um etwa 15 Seiten erweiterter und auf den neuesten Stand gebrachter Auflage erschienen ist. In fünf klar gegliederten und sehr ver- ständlich geschriebenen Kapiteln wird behandelt: Die Geschichte des Koalitionsrechts, Die wirtschaftlichen Grundlagen der Koalitionsfreiheit, Das Koalitionsrecht auf Grund des § 152 der Gewerbeordnung, Der Schutz der Arbeitswilligen, Die Re- formentwürdigkeit des Koalitionsrechts. Zum Schluß wird auf 2 1/2 Seiten die wichtigste einschlägige wissenschaftliche und prak- tische Literatur nebst kurzen kritischen Hinweisen aufgeführt.

Die deutschen technischen Fachschulen. 7. Auflage. (Deutsches Fachschulwesen. Herausgegeben von E. Malcomes. 1. Teil.) Verlag von Otto Dreher, Berlin W 57. Preis 2 M. — Gerade rechtzeitig vor dem Beginn des Wintersemesters er- scheint eine neue verbesserte und erweiterte Ausgabe dieses langst zu einem vertrauten Ratgeber gewordenen Buches. Das- selbe enthält authentische Angaben über die Einrichtungen, Lehr- ziele, Aufnahmebedingungen, Unterrichts- und sonstige Kosten, Berechtigungen — kurz über alles das, was jedem zu wissen er- wünscht ist, der die Absicht hat, eine Fachschule zu besuchen oder in die Lage kommt, sich über die einschlägigen Verhältnisse orien- tieren zu müssen. Ein besonderes Interesse daran haben natur-

gemäß die Angehörigen der technischen Branchen aller Art, weil die technischen Fachschulen doch die Grundlage für eine sorgfältige Durchbildung der technischen Hilfskräfte bilden und so den zahl- reichen industriellen Betrieben tüchtige Mitarbeiter vermitteln. Deshalb werden auch die Direktionen und Leiter technischer Be- triebe im eigenen Interesse handeln, wenn sie alle ihre Angestellten mit den Schulverhältnissen vertraut machen und dadurch darauf hinwirken, daß der Nachwuchs sich die be- stehenden vorteilhaftesten Einrichtungen zunutze macht. Gibt es doch z. B. eine große Anzahl hervorragender Institute, in denen junge Leute, die nicht die Mittel zum regulären Besuch besitzen, ohne oder nur für geringe Kosten selbst ohne Beein- trächtigung ihrer Arbeitszeit eine vollständige Ausbildung ge- nießen können. Das mit großer Sorgfalt bearbeitete Buch enthält die Maschinenbau-, Baugewerks-, Navigations- und sonstigen technischen Fachschulen aller Art, sowohl die staatlichen und städtischen wie die Privat-Anstalten in Deutschland, die deutschen staatlichen Institute Oesterreichs und der Schweiz.

Freie im Gewerkschaftsstreit? Kritisches und Antikritisches zum Streit über die Grundlagen der christlichen Gewerkschaften. Von J. Wiesberts, Arbeitersekretär, Mitglied des deutschen Reichstages und des preussischen Abgeordnetenhauses. Köln, 1909. Verlag von J. P. Bachem, Köln. — Unter diesem Titel ist eine neue Gewerkschaftsbroschüre erschienen, die die seinerzeitige Auseinandersetzung in der „Kölnischen Volkszeitung“ (No- vember 1908) zwischen Herrn Jesuitenpater Pesch und Kollegen Wiesberts zur Grundlage hat. Herr Pater Pesch hat bekanntlich kurze Zeit nach dieser Auseinandersetzung eine Broschüre heraus- gegeben, in welcher er versetzt für die katholischen Fachabtei- lungen Propaganda zu machen suchte und sich dabei über wesent- liche Teile der Wiesberts'schen Argumente bei der Auseinander- setzung in der „Kölnischen Volkszeitung“ hinwegsetzte. Wiesberts läßt nun in seiner Broschüre die beiderseitigen Artikel im Wort- laut folgen und versieht sie mit einem längeren Nachwort, in welchem die Grundlagen und die Praxis der christlichen Gewerk- schaften und der katholischen Fachabteilungen vom Standpunkte des Sozialpolitikers und Gewerkschaftspraktikers untersucht wer- den. Herr Pater Pesch hat nämlich in seiner Broschüre die Ge- werkschaftsfrage fast ausschließlich vom katholischen Stand- punkte aus beurteilt, ohne Rücksicht auf das komplizierte und viel- gestaltige Wirtschaftsleben, wie er auch die Verhältnisse in der deutschen Arbeiterbewegung, insbesondere das Vorherrschen der starken sozialdemokratischen Gewerkschaften, völlig außer Betracht ließ. Die letzteren Gesichtspunkte hat Wiesberts mit guten Gründen herausgearbeitet. Herr Pater Pesch ist nachgewiesen, daß er ehemals in seinem bekannten Buche: „Liberalismus, Sozialismus und christliche Gesellschaftsordnung“ im Gegen- satz zu den katholischen Fachabteilungen in der Frage der Koalitionsfreiheit und des Streiks die gleichen Grundsätze auf- gestellt, deren sich die christlichen Gewerkschaften bei ihrer Wirk- samkeit bedienen, wie auch Herr Pater Pesch in der erst 1909 erschienenen Schrift: „Lehrbuch der Nationalökonomie. 2. Bd. Allgemeine Volkswirtschaftslehre. I. Wesen und Ursachen des Volkswohlstandes. Freiburg. Herder“ über das Verhältnis von Kirche und Volkswohlfahrt beifolgende aufstellte, auf die die christlichen Gewerkschaften ihre Organisationen von vornherein aufbauten. Durch die 66 Seiten umfassende Schrift wird die grundsätzliche Literatur der christlichen Gewerkschaften wieder um einen bedeutsamen Beitrag erweitert; nun liegt es an den Funktionären der christlichen Gewerkschaften, daß die Schrift sowohl unter unsern Mitgliedern, wie auch in sonstigen In- teressentenkreisen umfangreich abgesetzt wird. Für Mitglieder der christlichen Gewerkschaften wurde wieder eine besondere Aus- gabe hergestellt, die an sie um 20 Pf. verabsolgt wird; für die bessere Buchhandlungsausgabe beträgt der Preis 75 Pf. Be- stellungen sind zu richten an den christlichen Gewerkschaftsverlag, Köln, Palmstr. 14.

Streikabrechnungen.

Abrechnung vom Streik der Zimmerer in Werl.

Table with 3 columns: Einnahmen, Ausgaben, and Summa. Includes items like Aus der Zentralkasse, der Lokalkasse der Zahlstelle, An Streikunterstützungen, etc.

Die Richtigkeit beglaubigen:

Der Revisor:

Fr. Werner.

Die Streikleitung:

Andreas Diers, Heinrich Schäfer, Herrn Schüttler.

Abrechnung von der Aussperrung der Maurer und Hilfsarbeiter in Gütersloh.

Table with 3 columns: Einnahmen, Ausgaben, and Summa. Includes items like Aus der Zentralkasse, von den örtl. Einnahmen der Zentralkasse verwendet, Aus der Lokalkasse der Zahlstelle, etc.

Die Richtigkeit beglaubigt:

Der Revisor:

Fr. Werner.

Die Streikleitung:

Friedrich Besold.

Abrechnung vom Streik der Maurer in Penzig bei Görlitz.

Table with 3 columns: Einnahmen, Ausgaben, and Summa. Includes items like Aus der Zentralkasse, von den örtl. Einnahmen der Zentralkasse verwendet, Aus der Lokalkasse der Zahlstelle, etc.

Die Richtigkeit beglaubigt:

Der Revisor:

Richard Beier.

Abrechnung vom Streik der Stoffateure in Hannover.

Table with 3 columns: Einnahmen, Ausgaben, and Summa. Includes items like Von den örtl. Einnahmen der Zentralkasse verwendet, An Streikunterstützungen, etc.

Die Richtigkeit beglaubigen:

Der Revisor:

Otto Liebe.

Die Streikleitung:

M. Kaufhold, Rich. Schneider.

Abrechnung von der Aussperrung Wiche in Nigde.

Table with 3 columns: Einnahmen, Ausgaben, and Summa. Includes items like Aus der Zentralkasse, der Lokalkasse der Zahlstelle, An Streikunterstützungen, etc.

Die Richtigkeit beglaubigen:

Der Revisor:

Fr. Werner.

Die Streikleitung:

Heinr. Wöning, H. Dhms.

Abrechnung vom Streik der Maurer und Hilfsarbeiter in Herborn.

Table with 3 columns: Einnahmen, Ausgaben, and Summa. Includes items like Aus der Zentralkasse, An Streikunterstützungen, etc.

Die Richtigkeit beglaubigen:

Der Revisor:

Joseph Grimm.

Die Streikleitung:

Josef Schmidt, Georg Wagner.

Bekanntmachungen.

Als verloren gemeldet wird die Buch-Nr. 159 795, lautend auf Franz Krausch von der Zahlstelle Nadebornwald; die Buch-Nr. 185 964, lautend auf Gottlieb Sigmund von der Zahl- stelle Kreuzburg; die Buch-Nr. 79 961, lautend auf August Krois und die Buch-Nr. 160 255, lautend auf Friedrich Arnold von der Zahlstelle Hamborn.

Aufforderung. Wer den Aufenthalt der Kollegen Wilhelm Beh und Joseph Jung kennt, wird gebeten, der Zahlstelle Hamborn davon Kenntnis zu geben, da dieselben abgereicht sind und ihre Bücher hier zurückgelassen haben.

Wer den Aufenthalt des Maurers Theodor Gorkly aus Dowlowitz, Kreis Kreuzburg (D.-Schl.) kennt, wird gebeten, dessen Adresse an Johann Balzer in Bilschen, Kreis Kreuzburg (D.-Schl.), Dreslauer Straße 23, gelangen zu lassen.

Das Stuttgarter Sekretariat des Gesamtverbandes befindet sich vom 1. Oktober ab in Stuttgart, Fernerstraße 20. Unsere Mitglieder, Zahlstellenleiter usw. in Württemberg und Baden werden gebeten, sich diese neue Adresse merken zu wollen.

Paul Krug.

Storbekannt.

Am 31. August starb unser Kollege August Michel infolge eines Unglücksfalles auf der Zeche Camphausen bei Saarbrücken im Alter von 24 Jahren.

Zahlstelle Singen b. Recklinghausen.

Am 8. September starb unser treuer Kollege Bruno Ost, Mitbegründer unserer Zahlstelle und langjähriger Gewerbe- gerichtsbeisitzer im Alter von 36 1/2 Jahren an Gehirnblut- entzündung.

Zahlstelle Offen (Maurer).

Ehre ihrem Andenken!

Abrechnung Freiberg i. B.

Am Sonntag, den 19. September 1909, nachmittags 1/2 3 Uhr, findet im Lokal Gantenbräu, Schiffsstraße, eine große Ver- sammlung der Maurer und Hilfsarbeiter statt. Referent: Kollege Heinrich Mühlhausen. Vollzähliges Erscheinen ist notwendig. (2,16) Der Vorstand.